

Herr Dr. Jürgen Stadt

Leiter der Abteilung 3 - Gebäudema-
nagement

Gäste

Herr Christian Kremer

Trierischer Volksfreund

Tim Lieser

WFG

Herr Arndt Müller

Leiter der SWT

Herr Reinhard Müller

Leiter der WFG

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Stephanie Nickels

entschuldigt

Herr Paul Port

entschuldigt

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

entschuldigt

Herr Arnold Schmitt

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste. Ferner weist er auf die getroffenen Hygienemaßnahmen hin.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

4. **Kreisstraßenbauangelegenheiten**
- 4.1. **K 44 Klinkbachbrücke Lampaden – Kostenerhöhung; Vorlage: 0430/2022/3**
5. **Auftragsangelegenheiten**
- 5.1. **Auftragsvergabe; Verlängerung der Sophos Firewall Lizenzen
Vorlage: 0429/2022**
6. **Ruwertalschule in Waldrach, Neubau der Grund-und Realschule plus sowie der Mehrzweckhalle, Vorstellung der Entwurfsplanung; Vorlage: 0407/2022**
7. **Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis; Vorlage: 0382/2022/1**
8. **Vorstellung des Education Hubs am Balthasar-Neumann-Technikum Trier
Vorlage: 0412/2022**
9. **EU-Interreg B Projekt am Balthasar-Neumann-Technikum Trier – Entscheidung; Vorlage: 0411/2022**
10. **Durchführung der Messe ZuTech 2023 im BNT; Vorlage: 0424/2022**
11. **Kooperationsvereinbarung Regionalwerke Trier-Saarburg
Vorlage: 0426/2022**
12. **Wirtschaftsförderung; Bestands- und Potenzialanalyse über Gewerbe- und Industrieflächen im Landkreis; Vorlage: 0384/2022/1**
13. **Annahme von Spenden; Vorlage: 0421/2022**
14. **Fortführung der Betreuung von Flüchtlingen; Vorlage: 0408/2022**
15. **Förderung der Suchtberatung; Erhöhungsantrag der Suchtberatungsstelle "Die Tür"; Vorlage: 0409/2022**
16. **Verkauf von KVR-Fonds-Anteilen im Jahr 2022; Vorlage: 0438/2022**
17. **Überplanmäßige Ausgabe im Budget 7005; Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für den Personenkreis U 18; Vorlage: 0427/2022**
18. **Überplanmäßige Ausgaben im Bereich des Teilhaushaltes 8 –Sozialamt
Vorlage: 0436/2022**

19. Informationen und Anfragen

19.1. Information; Neubesetzung des Fachbeirates für Naturschutz im Landkreis Trier-Saarburg; Vorlage: 0348/2022

19.2. Weitere Informationen und Anfragen

4. **Kreisstraßenbauangelegenheiten**

4.1. **K 44 Klinkbachbrücke Lampaden - Kostenerhöhung**
Vorlage: 0430/2022/3

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Zahlung der Mehrkosten in Höhe von rd. 32.300,- € an die Fa. Schnorpfeil, Trier zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. **Auftragsangelegenheiten**

5.1. **Auftragsvergabe; Verlängerung der Sophos Firewall Lizenzen**
Vorlage: 0429/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, der Firma Niederprüm & Gerard GbR, Bitburg, den Auftrag zur Lieferung der Firewall Lizenzen zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. **Ruwertalschule in Waldrach, Neubau der Grund-und Realschule plus**
sowie der Mehrzweckhalle, Vorstellung der Entwurfsplanung
Vorlage: 0407/2022

Protokoll:

Landrat **Metzdorf** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Zwink, Sieb und Grün.

Herr **Zwink** stellt die im Ratsinformationssystem hinterlegte Präsentation zur Entwurfsplanung für die Ruwertalschule vor.

Herr **Sieb** fährt damit fort, dass die Mehrzweckhalle auch von der Ortsgemeinde Waldrach genutzt werden könne. Eine barrierefreie Erschließung erfolge durch eine Rampenanlage sowie einen Lift.

Folgend geht Herr **Grün** auf die technische Gebäudeausrüstung des Bauprojektes ein, insbesondere zeigt er die Wärmerückgewinnung bei den Lüftungsanlagen auf.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen), ob das flächendeckende WLAN abschaltbar und ob es Warmwasseranschlüsse gebe, versichert Herr **Grün**, dass das WLAN dort abschaltbar sei. Es solle zudem sparsam eingesetzt werden. Beim Einsatz von Wärmepumpen und Fußbodenheizungen ergebe sich ein sehr niedriges Wärmeniveau. Durch den Einsatz einer zusätzlichen Pumpe werde das Wasser nochmal erwärmt.

Herr **Zwink** antwortet auf die weitere Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) hinsichtlich der Küchenform, dass es sich um Koch- bzw. Lehrküchen handle. Für die Schule handle es sich um eine Ausgabeküche. Angestrebt werde das Prinzip „Cook and Chill“. Für die Gemeinde stehe keine Ausgabeküche zur Verfügung.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) hinsichtlich der Stromeinspeisung der Photovoltaikanlage erklärt Herr **Grün**, dass diese Anlage genutzt werde, um den Gebäudebedarf zu decken. Falls eine gnennenswerte Strommenge übrig bleibe, könne diese in das allgemeine Stromnetz eingespeist werden.

Nach der Anmerkung des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) bezüglich eines Notstromaggregats und der Entlüftung in den Klassenräumen teilen der **Landrat** und Herr **Grün** mit, dass ein Beschluss zu einer bestimmten Form von Lüftungsanlage gefasst worden sei. Ein Notstromaggregat sei in der bisherigen Planung nicht vorgesehen.

Fraktionsvorsitzender **Holstein** (FWG) betont, dass über ein solches Notstromaggregat im Sinne der Ortsgemeinde nachgedacht werden sollte. Diese Gebäude könnten im Notfall als Anlaufstellen genutzt werden. Hinsichtlich des WLAN seien Landesförderprogramme in Anspruch genommen worden. Unterricht ohne die Nutzung von mobilen Geräten, die WLAN benötigen, sei kaum mehr denkbar.

Im weiteren Verlauf informiert Herr **Zwink** über die ebenfalls im Ratsinformationssystem hinterlegte Kostenanalyse des Projektes. Dabei sei festzustellen, dass der bisherige Entwurf rund 150.000 Euro günstiger sei, als der mittlere Kostenrichtwert des Landes. Zum Zweck der besseren Vergleichbarkeit sei der Index auf 100 gesetzt und dementsprechend die Kosten nachgerechnet worden. Die wirtschaftliche Situation sei ein entscheidender Faktor. Die Kos-

ten, die unter den Ziffern 300 und 400 aufgeführt seien, seien Baukosten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 39,1 Mio. Euro. Diese können auf das Schulgebäude mit rund 26,1 Mio. Euro und 12,9 Mio. Euro für das Sport- und Mehrzweckgebäude aufgeteilt werden.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Kostenverteilung zwischen Landkreis und Verbandsgemeinde erklärt Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass der Landkreis 65 Prozent und die Verbandsgemeinde Ruwer 35 Prozent der Kosten tragen. Finanzielle Fördermöglichkeiten seien kaum zu erwarten. Es gebe noch Details bei verschiedenen Punkten zu klären. Die Schulbaurichtlinie solle erneuert werden, da sie nicht mehr zeitgemäß sei.

Die weitere Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) bezüglich der Höhe der Landesförderung antwortet Herr **Schleich**, dass die Kostenberechnung noch bei der SGD Nord eingereicht werden müsse und möglicherweise gekürzt werde. Er könne die Fördersumme lediglich schätzen.

Der **Landrat** merkt an, dass über alternative Wege in diesem Bereich ernsthaft nachgedacht werden müsse.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Neumann** (CDU) wie hoch die Kosten für die Klassenauslagerung seien, teilt Herr **Schleich** mit, dass die Klassen komplett ausgelagert werden. Hierzu sei eine Örtlichkeit in Waldrach herausgesucht worden. Dieser Vorgang müsse noch mit der ADD Trier abgestimmt werden. Seitens des Landkreises gebe es Überlegungen, die Container zu kaufen oder alternativ anzumieten, um sie an anderen Standorten wieder aufbauen zu können.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Freigabe der in der Sachdarstellung näher erläuterten Entwurfsplanung für den Neubau der Ruwertalschule mit Mehrzweckhalle in Waldrach einschließlich der damit verbundenen Kostenberechnung sowie die Freigabe der Leistungsphase 4 der HOAI (Genehmigungsplanung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis; Vorlage: 0382/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Ferner schlägt er vor, diesen Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung am 14.11.22

zu vertagen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zur nächsten Kreisausschusssitzung am 14.11.22 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Vorstellung des Education Hubs am Balthasar-Neumann-Technikum Trier; Vorlage: 0412/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Ferner schlägt er vor, diesen Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung am 14.11.22 zu vertagen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zur Kreisausschusssitzung am 14.11.22 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. EU-Interreg B Projekt am Balthasar-Neumann-Technikum Trier – Entscheidung; Vorlage: 0411/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Ferner schlägt er vor, diesen Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung am 14.11.22 zu vertagen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zur nächsten Kreisausschusssitzung am 14.11.22 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. **Durchführung der Messe ZuTech 2023 im BNT; Vorlage: 0424/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Ferner schlägt er vor, diesen Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung am 14.11.22 zu vertagen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zur Kreisausechusssitzung am 14.11.22 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. **Kooperationsvereinbarung Regionalwerke Trier-Saarburg**
Vorlage: 0426/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. In diesem Bereich gebe es interessante innovative Ansätze im Hinblick auf nachhaltige Energiegewinnung. Beispielsweise könne vom angrenzenden Parkhaus zur Verwaltung die Abwärme der Fahrzeuge zur Gebäudeheizung genutzt werden. Es sei ein deutlicher Mehrwert in der Arbeit der Regionalwerke Trier-Saarburg erkennbar. Er begrüßt Herrn Reinhard Müller als Leiter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises.

Herr **R. Müller** teilt mit, dass die Regionalwerke Trier-Saarburg zu 50 Prozent vom Landkreis Trier-Saarburg und zu 50 Prozent von der SWT AöR getragen werden. Nach heutigem Stand könne der Landkreis die dreifache Menge an elektrischer Energie erzeugen, wie er für die kreiseigenen Liegenschaften benötige.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) begrüßt die Kooperation mit den Stadtwerken Trier. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstütze diese Kooperationsvereinbarung.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich der Errichtung von Ladestationen erklären der **Landrat** und Herr **R. Müller**, dass es derzeit keine konkreten Pläne hierzu gebe. Der Ausbau der Ladestationeninf-

rastruktur sei derzeit eher nachrangig. Für den Anfang sollen bei kreiseigenen Liegenschaften Ladestationen zur Verfügung gestellt werden. Zurzeit liege kein Geschäftsmodell in diesem Bereich vor, welches eine hohe Deckungsquote vorweise.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) betont, dass es sich um ein komplexes Thema handle. Dennoch sei die Erweiterung der Ladeinfrastruktur wichtig, um die Akzeptanz der E-Mobilität zu erhöhen. Die Installation von Ladesäulen an kreiseigenen Schulen könne bspw. vorangetrieben werden.

Aus Sicht des **Landrates** spielen die Aspekt der Nachhaltigkeit und der Wertschöpfung eine wichtige Rolle.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag stimmt der Kooperationsvereinbarung mit der RTS AöR zur energetischen Bewirtschaftung kreiseigener Liegenschaften zu.

Durch die Nutzung von Einsparpotentialen und dem Aufbau neuer regionaler Energieerzeugungsanlagen unter Steigerung der Energieeffizienz soll die Versorgung mit CO₂-neutraler Energie in den kreiseigenen Liegenschaften bis zum Jahr 2032 unter Weiterentwicklung des systematischen Energiemanagements und eines eigenen Bilanzkreises umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12. Wirtschaftsförderung; Bestands- und Potenzialanalyse über Gewerbe- und Industrieflächen im Landkreis; Vorlage: 0384/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Ferner dankt er Herrn Reinhard Müller als Leiter der WFG für seine geleistete Arbeit und begrüßt Herrn Lieser.

Herr **Lieser** stellt die im Rats- und Bürgerinformationssystem hinterlegte Präsentation zur Bestand- und Potentialanalyse 2022 vor, insbesondere geht er auf die Methodik, Flächenanfragen im Jahr 2021 und einen Ausblick ein. Es handle sich größtenteils nicht um eine wissenschaftliche Analyse. Die Prognoseberechnung sei auf 20 Jahre ausgelegt. Insgesamt könne ein Flächenbedarf zur Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis festgehalten werden.

Herr **R. Müller** fährt fort, dass Unternehmen zum Teil zu beobachten seien, die in andere benachbarte Landkreise abwandern. Dadurch gehe dem Landkreis ein Stück Bruttoinlandsprodukt verloren. Im Ranking befinde sich der

Landkreis Trier-Saarburg im unteren Viertel.

Landrat **Metzdorf** hält fest, dass ein Flächenbedarf zur Ansiedlung oder Erweiterung von Unternehmen vorhanden sei. Ziel sei das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Fraktionsvorsitzender **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt mit, dass diese Thematik bereits im Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie beraten worden sei. Dieser Entwicklung wolle sich die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion nicht verschließen. Zur Errichtung des Gewerbegebietes Mehringer Höhe habe der Kreistag bereits einen Grundsatzbeschluss gefasst. Der Fachkräftemangel und der Leerstand in den Gemeinden seien weitere aktuelle Themen. Die Einführung eines Leerstandskatasters sei wünschenswert. Diese Angelegenheit könne der WFG zugeordnet werden. Zunächst müsse eine Richtung festgelegt werden.

Der **Landrat** gibt an, dass ein Leerstandsflächenmanagement ergänzt werden solle. Der Flächenbedarf sei das akute Thema.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) bringt vor, dass die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion behauptet habe, dass keine neuen Flächen benötigt werden, da solche in den Gemeinden vorhanden seien. Die WFG habe in ihrem heutigen Vortrag das Gegenteil dargestellt. Die aktuelle Entwicklung gefährde die Zukunftsfähigkeit des Landkreises. Es müssen unter anderem Arbeitsplätze generiert werden. Die meisten heutigen Gewerbeflächen seien in den 1980er- und 1990er-Jahren erschlossen worden. Die Nachhaltigkeit sei selbstverständlich. Aufgabe der Politik sei es, für die Zukunft des Landkreises zu sorgen. Die CDU-Kreistagsfraktion sei unter ökologischen Gesichtspunkten für den Ausbau der Mehringer Höhe. Der Landkreis müsse sich die Frage stellen, wo es derzeit konkrete Bemühungen zur Errichtung realistischer Gewerbegebiete gebe. Der Landkreis Trier-Saarburg habe nur indirekte Eingriffsmöglichkeiten. Ein zur Ansiedlung anfragendes Großunternehmen müsse derzeit vermutlich vertröstet werden.

Das Potential sei im Gewerbegebiet Reinsfeld durch den rechtsverbindlichen Bebauungsplan vorhanden, so Herr **R. Müller**. Die SGD Nord befinde sich in der Prüfung. Ansonsten seien keine Entwicklungen in einem ähnlich weiten Stadium vorhanden. Die Projekte in Hermeskeil und der Mehringer Höhe befinden sich aktuell im Raumordnungsverfahren. Danach können präzisere Aussagen getroffen werden. Dieser Prozess werde jedoch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass es aufgrund dieses langwierigen Prozesses eine Alternative sei, ein Planungsbüro zu beauftragen, um geeignete Flächen im Landkreis zu analysieren.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) betont, dass die heutige Präsentation den Handlungsbedarf in diesem Bereich deutlich gemacht habe. Arbeitsplätze gehen unter anderem durch Abwanderungen von Unternehmen verloren. Diese Bestands- und Potentialanalyse sei eine gute Grundlage zur

weiteren Beratung innerhalb der Kreistagsfraktionen.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) hinsichtlich eines Gewerbegebietes in Saarburg erklärt Herr **R. Müller**, dass Gewerbeflächen vorhanden seien, die in Teilen erschlossen werden könnten. Diese seien jedoch zeitnah nachgefragt und stehen dadurch nicht mehr zur Verfügung.

Kreisausschussmitglied **Klever** (FWG) weist darauf hin, dass die VG Konz in der heutigen Präsentation gänzlich gefehlt habe. Seiner Kenntnis nach seien dort rund 4.000 qm Fläche vorhanden. Der größte Arbeitgeber wolle sich voraussichtlich vergrößern. Dies könne jedoch aufgrund der derzeitigen Situation Schwierigkeiten bereiten. Die Beauftragung einer Firma zur Flächenanalyse halte er für sinnvoll.

Fraktionsvorsitzender **Holstein** (FWG) blickt in die Vergangenheit zurück, in der der ehemalige Vorsitzende des Zweckverbandes der Wirtschaftsförderung auf den Bedarf hingewiesen habe. Der Blick müsse dennoch auch auf die ökologische und nachhaltige Entwicklung gerichtet werden. Dabei gehe es ihm nicht in erster Linie um die Ansiedlung von Global Playern, sondern beispielsweise um die jungen Handwerksgesellen, die künftig möglicherweise einen eigenen Handwerksbetrieb eröffnen wollen. In anderen Landkreisen herrschen derzeit bessere Bedingungen dazu, wodurch Abwanderung entstehen könne. Dies gelte es zu verhindern. Diese Angelegenheit sei bereits durch den Landrat in einer Bürgermeisterdienstbesprechung thematisiert worden. Es sollen keine Parallelstrukturen aufgebaut werden.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) zeigt auf, dass es sich grundsätzlich um zwei verschiedene Fragestellungen handle: einerseits die Neuansiedlung von Unternehmen und andererseits die Bestandsunternehmen, denen eine Perspektive gegeben werden müsse.

Der **Landrat** informiert, dass die Idee zur Zusammenarbeit mit der Stadt Trier bereits in einer Bürgermeisterdienstbesprechung beraten worden sei.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** stellt dar, wie das Verfahren in der Vergangenheit abgelaufen ist. Aus dieser Erfahrung könne er sagen, dass der Verwaltung die Kompetenz dazu fehle, ein Gewerbegebiet zu entwickeln. Die Kompetenzen zwischen verschiedenen Behörden müssen gebündelt werden. Die Kreisverwaltung befinde sich mit der ADD Trier in der Abstimmung zu Detailfragen.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) hinsichtlich von Grundlagendaten aus den Ortsgemeinden macht der **Landrat** deutlich, dass hierzu die Verbandsgemeinden die richtigen Ansprechpartner seien, da sie die Ortsgemeinden verwalten. Ein erster Schritt sei, diese Angelegenheit in einer Bürgermeisterdienstbesprechung zu thematisieren.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** weist darauf hin, dass der vorhandene Bestand nicht aus dem Auge verloren werden solle. Die Kommunalaufsicht habe

bei ihren rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln kaum Ansatzpunkte für die tägliche Praxis. Wenn Flächen in der öffentlichen Hand liegen, gebe es dahingehend mehr Möglichkeiten.

Die WFG werde als ganzheitliche Aufgabe verstanden, so Herr **R. Müller**. Dabei spiele bei jedem Projekt die Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Den Bestand sowie den Leerstand habe die WFG im Blick. Revitalisierungsprojekte seien bereits begleitet worden. Mit der Ortsgemeinde Kenn befinde sich die WFG in Gesprächen. Im Gewerbegebiet Trierweiler seien Erfolge hinsichtlich einer Flächenerweiterung erzielt worden.

Nach einer Anmerkung seitens des Fraktionsvorsitzenden **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) zur Zusammenarbeit mit der Stadt Trier versichert der **Landrat**, dass zwischen dem Landkreis und der Stadt Trier vertragliche Regelungen gelten. Sie seien maßgeblich.

Der **Landrat** fährt mit einem Dank an Herrn Arndt Müller, dem Leiter der SWT AöR, fort. Es seien einige Synergien mit der SWT AöR vorhanden.

Herr **A. Müller** geht eingangs auf die vielen gemeinsamen Projekte zwischen dem Landkreis und der SWT AöR ein. Ein Break-even-Point sei erreicht, so dass eine dauerhaft positive Bilanz zu erwarten sei. Aufgrund der derzeitigen (energie)wirtschaftlichen Situation stehe eine Gesamtstrategie derzeit noch aus. Eine ordentliche Stromversorgung für die Bürger:innen solle gewährleistet sein. Die erneuerbaren Energien sollen weiter ausgebaut werden. Mit Hilfe der Regionalwerke Trier-Saarburg AöR (RTS AöR) sollen die Photovoltaik-Anlagen im Landkreis ausgebaut werden. Ferner stehe ein Windpark kurz vor der Realisierung. Insgesamt solle die Erzeugung von grüner Energie deutlich ausgeweitet werden, dazu gehöre auch das Energieeinsparpotential zu erhöhen. Am schnellsten sei dies im Gebäudesektor durch den Austausch von alten Heizungsanlagen zu erreichen. Es sollen Konzepte mit der Verwaltung erarbeitet werden. Hierzu sollen die Klimaschutzmanager involviert werden. Der Fuhrpark der SWT AöR sei bereits zum Großteil auf die E-Mobilität umgestellt. Die Wertschöpfung solle in der Region gehalten werden. Im Stadtgebiet seien rund 60 Ladepunkte aufgebaut worden. Im nächsten Schritt sollen verbesserte Ladepunkte aufgebaut werden. Die ökologische und ökonomische Zusammenarbeit laufe sehr gut.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich des Aufbaus von Ladeinfrastruktur an kreiseigenen Liegenschaften erklärt Herr **A. Müller**, dass die Westnetz AG für die Stromnetze im Landkreis zuständig sei. Eine solche Infrastruktur könne allerdings an bestimmten Punkten aufgebaut und vermarktet werden. Dieses Vorgehen könne durch die RTS AöR übernommen werden.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Trösch** (BfB) hinsichtlich der kurz- und langfristigen Speicherkapazität teilt Herr **A. Müller** mit, dass es sich hierbei um einen der wichtigsten Aspekte in der nahen Zukunft handle. Ein schneller Zubau sollte Normalität sein. Weitere Zubauten seien geplant. Im Folgenden führt er aus, dass weitere Themen die Stromspeicherkraftwerke,

flexible Batteriespeicher und die Speicherung über künstliche Intelligenz im Schwarm seien. Dabei sei die SWT AöR auf verschiedenen Ebenen aktiv geworden (unter anderem EU und Berlin). Im Gesamten müssen alle Aspekte parallel gemeinsam betrachtet werden.

Herr **A. Müller** versichert auf die Frage des Kreisbeigeordneten **Ollinger** (CDU) bezüglich der Kooperation mit der Westnetz AG, dass an dieser Stelle ein reger Austausch stattfinde. Es stelle sich die Frage, ob die Netze überhaupt ausgebaut werden müssen oder ob intelligentere Lösungen möglich seien.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

13. Annahme von Spenden; Vorlage: 0421/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme der Geldspenden in Höhe von 4.017,00 EUR gem. § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKO) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

14. Fortführung der Betreuung von Flüchtlingen; Vorlage: 0408/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** gibt an, dass es sich hierbei um eine dynamische Angelegenheit handle. Die freien Träger haben die Betreuung umgesetzt. Dennoch gebe es derzeit neue und alte Strukturen, was nicht zufriedenstellend sei. Die Ehrenamtskoordinatoren seien befristet beschäftigt. Die Verwaltung befinde sich in guten Gesprächen mit den Trägern, die den Landkreis unterstützen. Eine einheitliche Struktur solle geschaffen werden. Ziel sei es, die Ehrenamtskoordination und die Sozialstrukturen weiterzuentwickeln. Hierzu solle ein Konzept erarbeitet werden, um eine Verstetigung zu erreichen. Im nächsten Jahr könne voraussichtlich ein Gesamtkonzept beraten und beschlossen werden.

Landrat **Metzdorf** zeigt auf, dass in der AfA Hermeskeil derzeit über 1.400 Personen untergebracht seien. Ursprünglich sei diese Einrichtung für maximal

1.000 Personen ausgelegt gewesen. Es gebe Überlegungen, ob eine weitere Einrichtung aufgebaut werden solle. Die Unterbringung von Flüchtlingen sei aufgrund des Platzmangels ein allgemeines Problem der Kommunen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

- a) Der Kreisausschuss beschließt, der Verbandsgemeinde Konz für die Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften in der Roscheider Straße 2, 3 und 5 weiterhin einen Personalkostenzuschuss zu gewähren. Die Höhe des Personalkostenzuschusses beträgt 80 Prozent einer sozialpädagogischen Fachkraft mit der Entgeltgruppe 11b TVöD-SuE, Stufe 3,5 (fiktive Stufe) für die Zeiträume, in der die Stelle tatsächlich besetzt ist.
- b) Der Kreisausschuss beschließt, die Kosten der Ehrenamtskoordination über den 31.12.2022 hinaus bis zum 30.06.2023 zu finanzieren

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

15. Förderung der Suchtberatung; Erhöhungsantrag der Suchtberatungsstelle "Die Tür"; Vorlage: 0409/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Suchtberatungsstelle „Die Tür“ für das Jahr 2022 eine Kreiszuwendung in Höhe von 56.500,00 EUR zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

16. Verkauf von KVR-Fonds-Anteilen im Jahr 2022; Vorlage: 0438/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, zum nächstmöglichen Zeitpunkt Anteile des KVR-Fonds im Wert von rd. 1.371.376,00 € zu verkaufen, um die vom Kreistag festgelegte jährliche Versorgungsobergrenze von 925.000 € einhalten zu können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

17. **Überplanmäßige Ausgabe im Budget 7005; Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für den Personenkreis U 18**
Vorlage: 0427/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** erklärt, dass es rechtliche Änderungen im SGB VIII gegeben habe. Der größte Effekt ergebe sich aus der Änderung des Kita-Gesetzes. Die Personalbemessung sei dadurch neu veranlasst worden. Die Hochrechnungen seien wenig realistisch gewesen.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erinnert an die interkommunale Gesellschaft, die aufgrund von Kompetenzänderung im U18- und Ü18-Bereich gegründet worden sei.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** zeigt auf, dass diese kommunale Gesellschaft unter anderem die Aufgabe habe, die Vergütungsvereinbarungen zu verhandeln. Die heutige Angelegenheit habe damit unmittelbar kaum Berührungspunkte. Die gegründete Gesellschaft befinde sich noch in der Phase des Aufwachsens.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) teilt Geschäftsbereichsleiter **Christmann** mit, dass das Sozialraumbudget nach Kriterien wie der Sozialraumbelastung verortet sei. Schwerpunkt-Kitas bspw. nehmen hiervon mehr in Anspruch. Die Kosten des Zusatzpersonals seien im Allgemeinen aufgegangen. Bei den Integrationskräften sei eine davon unabhängige Finanzierung notwendig.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Jugendamt im Teilhaushalt 7 - Budget 700005 - die erforderlichen überplanmäßigen Haushaltsmittel zur Gewährung der notwendigen Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für den Personenkreis U 18 für das Jahr 2022 in einer Gesamthöhe von 1.750.000,00 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

18. Überplanmäßige Ausgaben im Bereich des Teilhaushaltes 8 –Sozialamt **Vorlage: 0436/2022**

Protokoll:

Nach dem Verweis auf die Beschlussvorlage durch den **Landrat** erklärt Geschäftsbereichsleiter **Christmann**, dass die Kosten der Unterkunft im Wesentlichen einschlägig seien. Ferner sei die Grundsicherung wichtig. Die finanziellen Mittel seien bei der Grundsicherung komplett und bei den Kosten der Unterkunft zu 75 Prozent durch den Bund gedeckt. Aufgrund von haushaltsrechtlichen Bestimmungen sei ein Beschluss notwendig.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich eines Limits bei den Energiekosten teilen der **Landrat** und Geschäftsbereichsleiter **Christmann** mit, dass die Energiekosten grundsätzlich erstattet werden. Es gebe durchaus Mechanismen, dass die Menschen sparen sollen. Im Grunde gelte, wenn der Verbrauch angemessen sei, werden diese Kosten erstattet. Um einen angemessenen Rahmen handle es sich beispielsweise bei einem Vergleich des Verbrauchs mit dem Vorjahr.

Abteilungsleiter **Schmitz** ergänzt, dass Bundesministerium für Arbeit und Soziales entscheidend sei. Mit den Jobcentern sei überlegt worden, ob es Sparanreize geben könne. Es gebe einen Heizkostenspiegel.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) gibt zu bedenken, dass dieser Personenkreis zumeist in Wohnverhältnissen lebe, wo aufgrund der dortigen baulichen Substanz kaum Energiekosten eingespart werden können.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** merkt an, dass jeder Einzelfall zu prüfen sei. Für den kommenden Kreishaushalt werde diese Thematik eine große Rolle spielen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt dem Kreistag zu empfehlen, folgende Überplanmäßige Ausgaben zu beschließen:

- a) im Budget 800001 – Allgemeine Sozialhilfe in Höhe von 1.150.000 EUR
- b) im Budget 800006 – Leistungen nach dem SGB XII – Abrechnung mit den Verbandsgemeinden in Höhe von 500.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

19. Informationen und Anfragen

19.1. Information; Neubesetzung des Fachbeirates für Naturschutz im Landkreis Trier-Saarburg; Vorlage: 0348/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne Fragen zur Kenntnis.

19.2. Weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine weiteren Informationen oder Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer:innen.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Stefan Metzdorf)

(Andreas Reichert)